



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Der Alkohol und die Gewerkschaften. — Die Streiks in Frankreich im Jahre 1907. — Wirtschaftliche Rundschau. — Feuilleton: Der ewige Fortschritt. — Rundschau. — Versammlungstafel. — Adressenveränderungen. — Anzeigen.

Beilage: Klaffengericht und Volksgericht. — Korrespondenzen (Lugsburg, Dresden, Hannover, Karlsruhe). — Literatur.

Der Alkohol und die Gewerkschaften.

Der Staat zieht aus dem Alkoholgenuss ca. 300 Millionen jährlich. Jetzt sollen die Steuerföge noch erhöht werden. Mit Recht wehrt sich das Volk dagegen. Es ist nicht reich genug, um Millionen für Militär- und Spieltätigkeit auszugeben. Das Volk kennt für sein Geld eine bessere Verwendung.

Das ist alles ganz richtig, — aber zum Teil hat es ja das Volk in der eigenen Hand, diese Steuer nicht zu zahlen: es braucht bloß weniger Bier und Schnaps zu genießen. Das ist der Unterschied gegenüber den Brot- und Fleischhölzeln: Brot und Fleisch sind notwendig zur Erhaltung des Lebens und der Gesundheit, der Alkoholgenuss ist entbehrlich. Der Alkoholgenuss ist sogar schädlich; jedenfalls ist er eine ebenso überflüssige wie kostspielige Gewohnheit.

Während der Hochflut der russischen Revolution hatten die russischen Arbeiter in verschiedenen Fabriken den Beschluß gefaßt, dem Alkoholgenuss zu entsagen und diese Beschlüsse im allgemeinen auch durchgeführt. Die Alkoholfrage hatte damals in Rußland eine aktuelle politische Bedeutung. Denn da die Trübel des Krieges und der Revolution die Staatseinnahmen zerrütteten, auch der Anleihemarkt versagte, die Staatseisenbahnen Zuschüsse erforderten, so war das Branntweinmonopol der einzige finanzielle Rückhalt des Staates. Die Regierung lebte vom Schnaps. Der Alkoholgenuss war unter diesen Umständen eine direkte und wichtige Stütze der Reaktion. Da befannen sich die russischen Arbeiter darauf, daß das Volk um das Gläschen Schnaps seine Freiheit verkaufe.

Gewiß, das waren exzeptionelle Zustände. In einem entwickelten kapitalistischen Staat wie Deutschland kann sich die Frage niemals so zuspitzen. Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß der Arbeiter mit dem Alkohol, der seine Gesundheit untergräbt und seinen Geist abstupft, auch noch den Büttel bezahlt, der ihn knechtet.

Doch das, was der Staat vom Alkohol erhält, ist nur der zehnte Teil dessen, was das Volk für Alkoholgetränke verbraucht. Es werden in Deutschland jährlich, nach amtlicher Feststellung, 120 Liter Bier pro Kopf der Bevölkerung verbraucht. Dabei sind auch die Säuglinge mitgerechnet. Desgleichen 8 Liter Branntwein, 6½ Liter Wein. Es kann jeder leicht ausrechnen, daß das gut 50 Mk. jährlich per Kopf der Bevölkerung ausmacht. Die Bevölkerung des Reiches beträgt gegenwärtig über 60 Millionen. Demnach ist der Gesamtwert des Konsums an Alkoholgetränken in Deutschland 3000 Millionen Mark jährlich.

So viel verliert das Volk jährlich, ohne daß der Steuereinnahmer oder der Unternehmer es dazu zwingen.

Die Geldlast des Alkohols ist doppelt so groß als die Last des Militarismus — der Ausgaben für Arme, Flotte und Kolonien zusammengekommen.

Das sind Summen, über die die Arbeiter verfügen und die sie sich entgleiten lassen, die sie vergeuden.

Was ließe sich nicht alles mit diesen Milliarden erreichen, wenn man sie für Kulturzwecke verwenden wollte! Ein kleines Beispiel bloß zur Illustration. Es gibt in Deutschland 4,3 Millionen Jugendliche beiderlei Geschlechts im Alter von 14 bis 18 Jahren — für die 3000 Millionen Mark jährlich, die im Alkohol aufgehen, könnte man sie ernähren und ihnen Schulunterricht gewähren, statt sie frühzeitig der Fabrikarbeit zu opfern. Ist das nicht ungeheuerlich: das Volk veräußert das Glück seiner Jugend!

Wir arbeiten alle daran, die Volksmassen vom Joch der kapitalistischen Ausbeutung zu befreien. Sollen wir deshalb die Augen schließen davor, wie das Volk selbst seine Kraft ruiniert? Im Gegenteil, wir müssen die Kulturkräfte des Volkes pflegen und sammeln.

Ist es denn wirklich unmöglich, dem Alkoholgenuss zu entsagen? Wir verkennen die Schwierigkeiten durchaus nicht, die dabei besonders dem älteren Arbeiter aus der Gewohnheit, der schlechten Ernährung, den widrigen Arbeits- und Wohnungsverhältnissen erwachsen. Sein Klassenbewußtsein, sein politischer Idealismus müssen ihn darüber hinweghelfen. Im verstärkten Maße gilt das für die heranwachsende Generation. Der junge Arbeiter muß sich bemühen, daß er eine große geschichtliche Mission zu erfüllen hat. Er hat für das Proletariat die Zukunft zu erobern. Er muß es als Verrat an seiner Klasse und an sich selbst betrachten, wenn er sich den Alkoholgenuss angewöhnt.

Nun kann ja der einzelne entgegnen: wenn er kein Bier trinken würde, so würde er dennoch das Geld nicht behalten. Er kann auf seine Klassen-genossen verweisen, die dem Alkoholgenuss entsagt haben, aber deshalb nicht reicher geworden sind. Bis zu einem gewissen Grade stimmt das auch. Aber es stimmt nur, soweit der einzelne allein in Betracht kommt. Anders, wenn man die Entwicklung der Arbeiterorganisationen, besonders der Gewerkschaften mit berücksichtigt. Die Einschränkung des Alkoholgenusses muß Hand in Hand gehen mit der Stärkung der Gewerkschaften. In die Gewerkschaftskassen muß das Geld getragen werden — dann wird sich der Erfolg sehr rasch und sehr handgreiflich einstellen.

Unererleits erwachsen daraus Pflichten für die Gewerkschaften. Der enorme Alkoholgenuss zeigt, wie sehr noch die Beiträge der Gewerkschaften gesteigert werden können. Nur muß erst das Interesse der Arbeitermassen gesteigert werden. Das geschieht in dem Maße, wie die Gewerkschaften sich als Kampforganisationen betätigen und ihre Leistungen steigern. Zu diesen gehört auch die Erweckung der Kulturbedürfnisse des Proletariats. Das aber ist

zugleich das beste Mittel, den Alkoholgenuss zu bekämpfen.

Bildung, Kunst- und Naturgenuss sollen den Alkohol ersetzen.

Bei der elenden Lage der Arbeiter kommen leider dafür fast ausschließlich die Sonn- und Feiertage in Betracht. Aber wie oft wird es umgekehrt gemacht. Wieviel wird da nicht in Alkohol gesündigt. Und wie anders wäre es, wenn die Arbeiter ihr Geld und ihre Zeit dazu verwenden wollten, sich aufklärende Literatur zu verschaffen und ihren Geist zu bilden, statt ihn im Alkoholgenuss zu erstickten!

Die Streiks in Frankreich im Jahre 1907.

Mit erheblicher Verspätung ist die Statistik des französischen Arbeitsamtes über die Streiks in Frankreich im Jahre 1907 herausgekommen. Leider ist keine Garantie vorhanden, daß sie wenigstens genau ist. Wenn die französische amtliche Streikstatistik auch nicht vom Polizeistandpunkte aufgenommen ist, wie die deutsche, so haften ihr doch viele Mängel sowohl in der Aufnahme wie in der Ausführung an. Da wir in Frankreich jedoch keine andere Streikstatistik besitzen, so müssen wir schon, um ein Bild von der Wirksamkeit der französischen Gewerkschaften zu bekommen, die vorliegende amtliche benutzen. Diese Statistik weist vor allem den großen Mangel auf, die Lohnbewegungen, die ohne Arbeits einstellen verliefen, deren Zahl in Frankreich allerdings nicht erheblich sein dürfte, unbeachtet zu lassen.

Die vorliegende Statistik des Streiks in Frankreich beweist aufs Neue, wie sehr die französischen Gewerkschaften mit ihren Erfolgen zurückstehen hinter den deutschen, dänischen, österreichischen und englischen Gewerkschaften, deren Taktik von den Theoretikern des französischen Syndikalismus so abfällig beurteilt wird.

Es fanden statt im Jahre 1907: 1275 Streiks mit 197 961 Streikenden. Das bedeutet gegen das Vorjahr zwar einen erheblichen Rückgang (1906 fanden 1309 Streiks mit 438 466 Beteiligten statt), doch ist in Betracht zu ziehen, daß im Jahre 1906 die große Achtstundebewegung und der große Bergarbeiterstreik stattfanden. Verglichen mit den vorhergehenden Jahren 1905 und 1904, in denen 890 bzw. 1026 Streiks mit 177 666 bzw. 271 097 Streikenden stattfanden, kann eine Aufwärtsbewegung nicht konstatiert werden. Ausschlaggebend ist bei solchen Vergleichen einmal die Zahl der Streikenden und dann die Gesamtzahl der Organisierten. Trotzdem die letzteren erheblich zugenommen haben, ist das gleiche nicht von den Streikenden zu konstatieren. In der Gesamtheit waren 263 Streiks (20,63 pCt.) mit 24 786 Streikenden (12,33 pCt.) erfolgreich, 490 Streiks (38,43 pCt.) mit 130 806 Streikenden (61,95 pCt.) teilweise erfolgreich und 522 Streiks (40,94 pCt.) mit 42 786 Streikenden (21,61 Prozent) erfolglos.

Dieses an sich nicht ungünstige Gesamtergebnis bekommt jedoch ein ganz anderes Gesicht, wenn wir

es auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit, untersuchen und die anderen Ursachen, Entlassung von unbeliebten Vorgesetzten, Maßregelung von Organisierten usw. außer Betracht lassen.

Lohnerhöhungen wurden gefordert (die Abwehrstreiks sind unbedeutend) in 808 Streiks mit 124 481 Beteiligten. Davon waren erfolgreich für die Streikenden 13,50 pCt., teilweise erfolgreich 58,94 pCt. und erfolglos 27,56 pCt. Noch weit ungünstiger ist das Resultat, die Verkürzung der Arbeitszeit betreffend. Eine solche wurde verlangt in 135 Streiks mit 35 266 Beteiligten. Davon waren erfolgreich nach der Zahl der Streikenden 15,14 pCt., teilweise erfolgreich 29,14 pCt., und erfolglos 55,72 pCt. Es wurde also nur für 90 000 Arbeiter eine Lohnerhöhung und für 16 000 Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung erreicht. Gewiß kein glänzendes Resultat. Nach den verschiedenen Industrien verteilt sich das Gesamtergebnis folgendermaßen:

Berufe	Streiks	Streikende	Resultat in Proz. *			
			erfolg- reich	teilw. erfolg- reich	erfolg- los	erfolg- los
Landwirtschaft	63	9402	11,90	69,29	18,81	
Bergbau	44	10267	6,08	61,93	31,99	
Steinbruch	16	2800	12,39	56,86	30,75	
Lebensmittelindustrie	41	7498	0,39	59,06	40,61	
Chemische Industrie	39	7985	4,46	62,71	32,83	
Polymgraphische Industrie	38	5761	0,71	78,53	20,76	
Leberrindustrie	52	4741	6,90	53,17	39,93	
Textilindustrie	247	33348	19,38	59,42	21,20	
Werkzeug- und Reinigung	15	789	10,66	32,38	56,96	
Holzgalanterie	54	3686	26,49	42,46	30,85	
Holzbauminde- trie	39	5891	3,34	89,05	7,71	
Metallwarenfabri- ken	14	1176	3,23	63,78	32,99	
Großmetallindustrie	135	19006	16,79	66,56	16,65	
Feinmetallindustrie	4	1689	—	99,76	0,24	
Stein- und Erden- verarbeitung	61	5193	19,78	48,28	31,94	
Baumindustrie	272	35571	15,44	60,25	24,31	
Transportindustrie	141	43248	9,39	78,66	11,95	
	1275	197961	12,31	66,08	21,61	

* Der Streikenden.

Der ewige Fortschritt.

Von Edmund Schöpfl.

Die Despotie ist so alt wie die Weltgeschichte selbst. Man kann mit Recht behaupten, sie hat keinen Anfang und leider gegenwärtig auch noch nicht ihr Ende gefunden. Im Altertum teilten sich die Menschen in zwei Klassen, in freie und Sklaven. Erstere waren reich, die letzteren waren die Lasttiere, die jenen durch schwere Arbeit zu Gütern und Ansehen verhelfen mußten. Die Kinder der Sklaven wurden wieder nur zu Sklaven herangezogen, die der Reichen genossen Unterricht und Bildung. Die Bildung war eben nur ein Vorrecht der Reichen; die Früchte aller Künste und Wissenschaften fielen nur diesen Bevorzugten in den Schoß.

Das Christentum mit seinen demokratischen Prinzipien erschütterte erst diese unmenschlichen Zustände. Die Christenlehren brachten viele Sklaven zur Erkenntnis ihrer schrecklichen Lage und bewogen die Machttträger humanere Wege einzuschlagen. Es entstand eine große Schar christlicher Prediger, eine Art Wanderlehrer. Diese zogen von Land zu Land und verbreiteten die damals noch reine und unverfälschte Lehre Christi. Es bildeten sich Priesterverbände, diese bauten Klöster, errichteten Schulen und förderten den Ackerbau.

Das Schulwesen war bis in das Mittelalter hinein ausschließlich in den Händen der Geistlichkeit. Alle Wissenschaften, alle Künste fanden damals nur in den Klöstern ihre Pflege; sie dienten aber einzig und allein der Kirche. Und so kam es, daß die Kunst von damals einen einseitigen und unvollkommenen Charakter besaß. Je mehr die Kirche an Macht und Einfluß gewann, desto mehr sie ihre christlich reinen und edlen Zwecke aus dem Auge.

Das Prinzip der Hierarchie war einzig maßgebend geworden. Kunst und Wissenschaft wurden zu Mitteln zum Zwecke herabgedrückt; eine große Idee, die nicht dem Schoße der Kirche entsprang, oder die nicht die Genehmigung derselben erhielt,

Wirtschaftliche Rundschau.

Haussbewegung an den Börsen. — Davi-Anteile und Elektrizitätswerte. — Kohlenförderung und Eisenindustrie. — Auf dem Wege zum Montanmarkt.

Die zunehmende Fülle des Angebots auf dem Geldmarkt wirkt schon seit Monaten darauf hin, das Preisniveau der mobilen Werte zu erhöhen. Die Geldsätze sind auf einen relativ niedrigen Stand zurückgegangen, an dem gemessen das Rendement der selbstverzinslichen wie der Dividendenwerte durchschnittlich sich wieder gebessert hat. Aber dieser fast automatische Prozeß der Kurssteigerung infolge der Verbilligung des Geldes genügt den Börsenkreisen für ihre Geschäfte nicht, sie wollen starke Bewegungen sehen, um größere Gewinne realisieren zu können. Es ist daher sehr erklärlich, daß die Klärung der politischen Lage und die erste Antünkung einer wirtschaftlichen Erholung sofort zu auffallenden Preistreibern geführt haben, die sich zwar nicht entfernt mit amerikanischen Haussbewegungen messen können, die aber nichtsdestoweniger sich als vollwirtschaftlich schädliche Uebertreibungen charakterisieren. Es sei z. B. nur darauf hingewiesen, daß eine Höherbewertung der Industrieklassen unwillkürlich die Dividendenpolitik der Aktiengesellschaften in einer dem Arbeitsmarkt nachteiligen Weise beeinflussen muß, namentlich wenn die Kurssteigerung in einer Periode erfolgt, in der der Geldwert des Produktionswertes aus den verschiedensten Gründen noch nicht zu steigen vermag. Auch für das Anlage suchende Publikum der Kapitalisten kann eine Uebertreibung in der Bewertung der Effekten recht verlustreich werden. Aus diesem letztgenannten Grunde vor allem wird in der Presse die Hauss der letzten Zeit ziemlich abfällig beurteilt. Das Haussstreben war vor allem bei Werten der Elektrizitätsindustrie, in Davi-Anteilen und auf dem Montanmarkt deutlich zu verfolgen.

In Davi-Anteilen sind die Kurstreiber schon seit längerer Zeit mehr oder weniger stark hervorgetreten. Neuerdings benötigt man die Verhandlungen zwischen dem Kolonialamt und der Davi-Gesellschaft wegen der Verstaatlichung der Davi-Eisenbahn dazu, das Interesse der mittleren und kleineren Kapitalbesitzer zum Kauf von Davi-Anteilen anzuregen. Durch die Zeitungen gehen vorzüglich abgefaßte Notizen über den günstigen Stand der Verhandlungen, worauf die Börse sofort mit einer Kurssteigerung einleht, die

die kleinen Tagesspieler nach Möglichkeit für ihre Zwecke ausnützt. Die Handelspresse bezeichnet nunmehr in ihren Börsenberichten die lebhaften Umsätze zu steigenden Kursen in dem betreffenden Papier, wodurch das Provinzpublikum auf den Vorgang aufmerksam gemacht wird. Am nächsten Tage laufen dann mehr oder minder zahlreiche Kaufaufträge für das betreffende Papier ein, die Kursbewegung nach aufwärts nimmt ihren Fortgang, und dauert fort, solange das Publikum kauf lustig bleibt. Durch geschickte Ausbildung der Kunst, die Handelspresse zu informieren, sorgen die hinter den Kulissen stehenden Regisseure der Aktion für die nötige Animierung des Publikums. Hat das Publikum die betreffenden Werte angenommen, so haben die Besitzer der Werte vor der Kurssteigerung längst ihren Gewinn gemacht und an der Aufrechterhaltung des inzwischen gestiegenen Kurses kein Interesse mehr. Sphrenwegen kann nun das umgekehrte Spiel beginnen, bei dem sie oder andere die Möglichkeit haben, wieder Gewinne zu machen. Bei den Umsätzen in Davi-werten haben die ursprünglichen Besitzer der Werte dieses Jahr schon recht hübsch verdient, wie dies aus einzelnen Beispielen, die man zufällig erfahren kann, deutlich hervorgeht.

Auch für Elektrizitätswerte ist in der jüngsten Zeit an der Börse mit Erfolg Stimmung gemacht worden. Da unsere gesamte wirtschaftliche Berichterstattung in allererster Linie auf den Informationen der Interessenten beruht, so ist es diesen ja überaus leicht, durch scheinbar recht harmlose Berichte die Stimmung anzuregen. Da war es nun bemerkenswert, wie plötzlich Artikel durch die Presse gingen, die auf die überaus erfreulichen Aussichten der Elektrizitätsindustrie hinwiesen, und diese sogar mit der Elektrifizierung der Bahnhöfen begründeten. Ueber die gegenwärtige Lage der Elektrizitätsindustrie wurde gar nicht gesprochen. Die Artikel taten prompt ihre Wirkung: die Kurse der Elektrizitätswerte stiegen infolge des Interesses, das plötzlich das kaufende Publikum befreundete; sie stiegen so sehr, daß eine der großen Elektrizitätsgesellschaften sich sogar zu der Erklärung veranlaßt fand, ihr seien diese Kurssteigerungen unbegreiflich.

Freilich noch verwunderlicher als die bisher erwähnten Kurstreiber waren und sind die Vorgänge auf dem Montanaktienmarkt, wo gleichfalls sich ein Haussstreben bemerkbar machte, als ob die schwierige Lage des Kohlenbergbaues und der Eisenindustrie schon wieder überwunden wäre.

galt als unheilig und an sie zu glauben, war verpönt.

Unter diesem Drucke ätzte das Mittelalter. Jeder Fortschritt war da eine Unmöglichkeit; die schwarzste, willkürliche Reaktion herrschte überall. Zwar erhoben sich Stimmen gegen dieses unwürdige Regime, sogar eine Währung griff Platz; doch wurden diese Freiheitsregungen geradezu mit Vandalismus niedergehalten.

Martin Luther war es vorbehalten, diese schreckliche Pfaffenwirtschaft in das Licht öffentlicher und allgemeiner Erkenntnis zu stellen. Er war es, der die pfäffliche Gebankenschaube, unter welcher das Denvermögen des Volkes seufzte, zerbrach. Er fuhr wie ein reinigendes Gewitter in die demoralisierte, in allen weltlichen Genüssen sich wälzende Geistlichkeit; er setzte die Moral an Stelle der Frömmelerei; er war der erbitterteste und widerstandsfähigste Gegner der Hierarchie.

In diese Zeit fiel ein noch anderer epochemachender Faktor, ein Machtfaktor, welcher dem nach Licht ringenden Menschengenisse die Fittiche verlieh: Johannes Gutenbergs Erfindung der Buchdruckerkunst. Er war der erste, der auf den Gedanken kam, die Holzschneide, welche bisher durch Reiberdruck erzeugt, auf einer Presse zu drucken und so schneller und vorteilhafter herzustellen. Mit glühender Begeisterung wurde Gutenbergs Geistesgabe aller Orts aufgenommen. Die Buchdruckerkunst verbreitete sich von Deutschland aus rasch über alle übrigen Länder. Selbstredend versuchte die katholische Kirche diese junge Kunst zu ersticken, beziehungsweise an sich zu reißen. Scheinbar gelang es ihr auch, denn die Buchdruckerkunst biente anfangs zumeist nur religiösen Zwecken. Alle anderen Danksachen wurden als Werke des Teufels verschrien und Gutenberg hatte wohl manchen harten Strauß mit den Fustlerlingen auszufechten. Doch trotz allen Anfeindungen kam die Buchdruckerkunst zum Siege. Sie entwickelte sich rasch und blühte zum Segen der Menschheit.

Zu dieser Zeit, Ende des fünfzehnten Jahrhun-

berts, standen alle Künste und Wissenschaften in höchster Blüte. Besonders die Delmalerei wurde zu voller Entfaltung gebracht. Die Bau- und Bildhauerkunst schuf uns unbergängliche Werke. Auch auf anderen Gebieten ebnete sich die Bahn zum Fortschritt. Die Erfindung des Schießpulvers zog eine Umwälzung des Kriegshandwerks nach sich, wodurch das grüßliche Raubrittertum allen Boden verlor. Die Hanse brachte den Handel zur vollen Blüte.

Das Jahr 1492 brachte eine neue Ueberraschung. Christoph Columbus erschloß der alten Welt einen neuen Kontinent — Amerika. Columbus ging es wie allen Entdeckern und Erfindern, sein Verdienst wurde durch Bestreitung und Anfechtung geschmälert und so kam es, daß Amerika nicht nach seinem Namen, sondern nach Amerigo Vespucci genannt wurde, obwohl dieser nur einer der ersten war, der das amerikanische Festland bereist und beschrieben hat.

Die ersten Besitzergreifer der neuentdeckten Länder waren Spanier, Portugiesen und Engländer. Diese gründeten die großen Kolonialstaaten, die aber unter dem Drucke englischer Machtherrschschaft nur langsam gediehen. Die europäische Bildung, welche mit den Einwanderern einbrang, weckte das Unabhängigkeitsgefühl und die Freiheitsliebe, und es gelang 1783 dem größten Teile der englischen Kolonien in Nordamerika, sich als selbständige Freistaaten von der englischen Herrschaft zu befreien.

In dem Befreiungskampfe, welcher sieben Jahre ununterbrochen währte, spielte ein Buchdrucker, Benjamin Franklin, eine hervorragende Rolle. Er war ein ehrlicher und ausdauernder Verfechter der Menschenrechte und reiner Demokratie.

Wir wollen nun wieder auf die Geschichte unseres Festlandes zurückkommen. Es wurde bereits erwähnt, daß zur Zeit Lutthers die Kultur in Europa bezw. in Deutschland, auf hoher Stufe stand. Die Kriegsfurie aber vernichtete mit voller Bestialität diese Kulturstaaten, welche auf so schwer gebüngtem und bearbeiteten Boden erblüht waren. Wer hat

Das ist aber keineswegs der Fall. Im Kohlenbergbau stehen wir noch immer mitten in der Periode der Depression. Daran wird auch durch den Hinweis auf die Gestaltung der Kohlenförderung nichts geändert. Es wird nämlich darauf verwiesen, daß die Kohlenförderung noch fortgesetzt höher sei als vor Jahresfrist, daß also die Marktlage keineswegs so ungünstig sein könne, wie sie geschildert werde. Vielleicht liegt aber gerade darin, daß eine Gerabminderung der Kohlenförderung unter das Niveau des Vorjahres nicht möglich war, ein ungünstiges Symptom für die Beurteilung der Lage des Kohlenmarktes. Es haben sich zweifellos infolge dieser Gestaltung der Förderung Vorräte bei den Bechen und im Handel angesammelt, die den Markt noch auf längere Zeit hinaus belasten werden, selbst wenn die Nachfrage im laufenden Jahre sich wieder zu heben beginnt. Aus der Eisenindustrie lauten die neuesten Berichte aber nach wie vor noch recht unbefriedigend. Der Bericht der „Rhein-Westf. Zeitung“ über den Monat April ist noch ganz pessimistisch gefärbt. Wir sind der Ansicht, daß der erwähnte Bericht die Symptome der Erholung ganz und gar übertrieben. Aber darauf kommt es hier nicht an. Trotz der ungünstigen Beurteilung der Lage der Montanindustrie entwickelte sich auf dem Markte der Montanwerte eine ausgesprochene Hausse. Und ihr Grund?

Seitdem die Eisenindustrieller Bergwerksgesellschaft ihr Erweiterungsprogramm bekannt gegeben hat, kann man mit Gewißheit darauf rechnen, daß die anderen Kombinationsbetriebe der Montanindustrie dem Beispiel der Eisenindustrieller Gesellschaft folgen werden. Erweiterung bedeutet aber nicht anderes als Fusion mit resp. Ankauf von anderen Werken. Da tauchen gleich eine Reihe Projekte und Kombinationen auf, von denen man nicht weiß, ob irgendetwas Wahres daran ist, die man aber immerhin für möglich hält. Um bei den möglichen Transaktionen aber auch verdienen, d. h. einen Kursgewinn machen zu können, werden die Werte der bei den Projekten in Frage kommenden Gesellschaften fleißig gekauft, um so fleißiger, je mehr bei diesen Käufen die Kurse der einzelnen Papiere steigen. Schon längst drängt die Entwicklung unserer Montanindustrie zu einer trustartigen Organisation, zu dem wenige mächtige Konzerne zusammenzutreten werden. Zurzeit sind die Beteiligten daran, diese Konzerne zu bilden und jeder einzelne dieser Konzerne sucht seinen Rivalen mit möglichst gleicher wirtschaftlicher und

finanzieller Kraft gegenüberzutreten; keiner will und darf dem anderen einen Vorprung lassen. Macht Eisenfirchen zu einer abermaligen inneren Stärkung den ersten Schritt, so müssen die anderen auf diesem Wege mit, wollen sie sich nicht von einem übermächtigen Gebilde später die Gesehe diktiert lassen, unter denen der Krust zu Stande kommt. Daß das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat und der Stahlwerksverband, von denen das erstere 1915, der letztere schon 1912 abläuft, nicht mehr in der heutigen Form und Verfassung verlängert werden, das ist heute schon sicher. Das Kohlen Syndikat muß an der Hüttenzweigenfrage scheitern, der Stahlwerksverband ist aber bis heute ein halb fertiges Gebilde geblieben, als welches er nicht mehr erneuert werden kann. Daß auf die Stufe der heutigen Kartellierung eine höhere folgen muß, dazu zwingt schon die Rücksicht auf die internationale Konkurrenz. Diese höhere Stufe ist aber eine trustartige Organisation, die sich aus der Bildung der wenigen großen Konzerne ganz von selbst ergibt. So wahrscheinlich diese Entwicklung nun auch ist, so sind doch die Kurstrebereien auf dem Montanaktienmarkt im Hinblick auf die Erweiterung der Montankonzerne nichts weniger als volkswirtschaftlich nützlich. Sie tragen vielmehr nur dazu bei, die Bildung der angestrebtsten Organisation erheblich zu verteuern, was vor allem vom Standpunkte einer fortschrittlichen Arbeitsmarktpolitik zu bedauern ist.

Berlin, den 2. Mai 1909.

Richard Calwer.

Rundschau.

Der Gipfel des Unrechts in der Reichsversicherungsordnung. Der Haupteffekt der Reform liegt bekanntlich in der Halbierung der Beiträge zur Krankenversicherung und einer entsprechenden, paritätischen, in Wirklichkeit birotarischen Organisation der Krankenverwaltung. Von sozialdemokratischer Seite ist freilich stets darauf hingewiesen worden, wie widersinnig es ist, die Beitragsverteilung zum Maßstabe des Anteils an der Verwaltung der Versicherungseinrichtungen zu machen. Auch bürgerliche Sozialpolitiker erkennen das an. So führt in einem Aufsatz in der neuesten Nummer der „Arbeiterverjorgung“ Geheimerat Dr. Jager, ohne Widerspruch zu erheben, die Darlegung eines anderen bürgerlichen Verfassers an, daß es an und für sich ohne Belang sei, wer die

schon Priester verwerteten mit Schlaubeit dieselbe, indem sie in hohlen Göttergestalten Wasser zum Sieden brachten und mit der gewonnenen Dampfkraft Stöpsel aus Mund-, Augen- und Nasenhöhlen der Gottheiten herausschleuderten, was dann die alten Deutschen für ein Birknen der Gotttheit ansahen.

James Watt war einer der ersten, welcher eine Maschine konstruierte, die durch Dampf getrieben wurde. Freilich war diese Maschine noch unvollkommen und stand die geleistete Arbeit deshalb in keinem günstigen Verhältnisse zur aufgebrauchten Wärmemenge. Eine gute Maschine gab damals dreißig Prozent der aufgebrauchten Wärmemenge als Arbeit zurück. Die heutigen Maschinen arbeiten mit sechzig bis achtzig Prozent Nutzen. Doch — ein Anfang war gemacht, im Laufe der Zeit verbesserten Fachleute die Dampfmaschine. Die heutige Maschinentechnik ist ein glänzendes Zeugnis menschlichen Geistes. Sie beweist uns, was menschliche Hände und Denkfraft vermögen. Würde man einen Zeitgenossen des achtzehnten Jahrhunderts durch die Maschinenräume einer heutigen Zucker-, Textil- oder Maschinenfabrik geleiten, so würde er seinen Augen nicht trauen, sprachlos auf diese genialen Menschenwerke starren. Wer hätte noch vor fünfzig Jahren die Voraussage gewagt, daß man von Wien Berlin in wenigen Stunden erreichen könnte?

Gleichwertig an die Dampfkraft reiht sich die Ausnutzung der Elektrizität. Diese Naturkraft machte sich der rastlos forschende Menschengeist zu einer nützlichen und gegenwärtig unentbehrlichen Dienerin. Wie zum Beispiel könnte man sich die Gegenwart ohne Telegraph, ohne Telefon vorstellen? Dem elektrischen Licht gehört die Zukunft; es nimmt den ersten Platz in dem Beleuchtungsweisen ein. Die Elektrizität als Triebkraft ist ebenfalls schon auf die genialste Weise ausgenutzt. „Ewiger Fortschritt!“

Mit diesen zwei Worten ist das unabänderliche Naturgesetz gekennzeichnet, welchem sich nicht nur die

Beiträge entrichte, da ihre letzte Quelle in dem Arbeitsertrage zu suchen sei. Die Last trage keineswegs notwendig der, der die Zahlung leistet. So geht die Vorlage schon von vollständig falschen Voraussetzungen bei der Neuorganisation der Verwaltung aus.

Aber dieses Unrecht wird noch, was man eigentlich nicht für möglich halten sollte, übertrieben. § 39 Abs. 1 und 2 des geltenden Krankenversicherungsgegesetzes besagt: „Arbeitgeber, welche für die von ihnen beschäftigten Mitglieder einer Ortskrankenkasse an diese Beiträge aus eigenen Mitteln zu zahlen verpflichtet sind, haben Anspruch auf Vertretung im Vorstände und der Generalversammlung der Kasse. Die Vertretung ist nach dem Verhältnis der von den Arbeitgebern aus eigenen Mitteln zu zahlenden Beiträge zu dem Gesamtertrage der Beiträge zu bemessen. Mehr als ein Drittel der Stimmen darf den Arbeitgebern weder in der Generalversammlung noch im Vorstände eingeräumt werden.“ Damit ist deutlich gesagt, was ja dem Gedanken des Gesetzes einzig entspricht, daß der Umfang der Vertretung der Arbeitgeber nach ihrem Anteil an der Gesamtertragshöhe bestimmt wird. Das ist darum wichtig, weil die Zahl der freiwilligen Mitglieder, die aus eigenen Mitteln die vollen Beiträge zahlen, bei allen Kassen in starker Zunahme ist. In dem Maße, in dem diese zunehmen, sinkt der Anteil der Arbeitgeber an der Gesamthöhe der Beiträge. Daher ist schon jetzt bei einer Reihe Ortskrankenkassen (z. B. in Leipzig) die Zahl der Vertreter der Versicherten größer als zwei Drittel der Gesamtzahl. In Würzen z. B. besteht der Vorstand aus 9 Versicherten und 4 Arbeitgebern.

Wie aber regelt die neue Versicherungsordnung die Frage? § 392 schreibt vor: Bei der Ortskrankenkasse werden die Vorstandsmitglieder je zur Hälfte aus den beteiligten Arbeitgebern und aus den Versicherten vom Ausschuße gewählt. Und § 393 besagt: Bei der Orts- und Landkrankenkasse besteht der Ausschuß (an Stelle der jetzigen Generalversammlung) je zur Hälfte aus Vertretern der beteiligten Arbeitgeber und der Versicherten.

Die Reichsversicherungsordnung macht also die freiwilligen Mitglieder völlig rechtslos! § 462 bestimmt zwar, daß Versicherungsverpflichtete, die nicht von einem Arbeitgeber beschäftigt werden, und Beitragsberechtigte, also die freiwilligen Mitglieder die Beiträge, die auf sie entfallen, allein zu zahlen haben. Man nimmt ihnen also auch weiterhin die vollen Beiträge ab, gibt ihnen aber

Menschheit, sondern einmal alles, was von der Natur ausging, von ihr geschaffen und entwickelt wurde, unterordnen und anpassen muß. Aus dem Armenfchen, dem asiatischen Lasttiere, aus dem Seloten Hellsas, dem Leibeigenen des Mittelalters, entwickelt sich der bebormundete Lohnflabe der Neuzeit, und der Zukunft ist es vorbehalten, aus diesen einen vollkommenen freien Weltbürger zu machen. Keine Macht vermag das Zeitrad aufzuhalten. Was wir heute an Kultur und Zivilisation besitzen, das mußte durch Jahrtausende im blutigen Schweiß gefäet werden.

Ewige Gährung, ewiger Aufruhr, das ist die Weltgeschichte; den großen Erdrevolutionen folgten die Umwälzungen der Menschheit. Unaufhörlich war und ist das Drängen der Massen. Unbrauchbares geht unter und wird durch Neues ersetzt. Wo starre Ruhe herrschte, knetete der Eroberungsgeist die Völker mit frischen Elementen zusammen. Reiche erhoben sich und sanken in ewige Nacht. Immer weiter wurde der Umkreis, unendlicher die Begierde, das Unbekannte zu erforschen. Nicht das Genie der einzelnen Führer brachte die Wanderungen der Völker zuwege; der Instinkt des regellosen Haaufens verlangte unwillkürlich eine Erweiterung der Begriffe, der geistigen Grenzen. Sokrates zeigte den Weg und Jesus verkündete die Liebe, die Gleichheit aller Menschen. Fortan wurde die Idee der Solidarität immer lebendiger. Der Handel trat ein in ihren Dienst, das Städtewesen und mit ihm der moderne Bürger, nahmen den Schauplatz in Anspruch. Langsam richtete sich die Herrscherin der Zukunft empor: die Industrie. Dieser allein ist es vorbehalten, die geistigen Fesseln der Menschheit zu sprengen.

Geschichte kann man nur über Vergangenheit und Gegenwart schreiben und will wollen an dieser Stelle nicht auf das Kommende eingehen, aber mit den Worten schließen:

„Die Zukunft gehört der Freiheit — der ewige Fortschritt wird zu einem menschenbeglückenden Ziele führen!“

nicht schon von dem unheilvollsten Kriege, dem dreißigjährigen Kriege, geleiden oder geführt? Welche Feder vermöchte all die Greulichkeiten und haarsträubenden Schrednisse schildern, die dieser entsetzliche Völkerring verschuldet hatte? Die furchtbarsten Schlächtereien, die schonungslosesten Minderungen und erbärmlichsten Erpressungen hat die Geschichte dieser traurigen Zeit zu verzeichnen. Mitleidende Städte wurden entvölkert durch Brand, Hunger und Seuchen. Der Gewerbesleiß verfiel, die Werkstätten standen verödet; die Landwirtschaft verlor allen Wert, die Schulen waren vernachlässigt oder gesperrt, Kunst und Wissenschaft sanken tief — mit einem Wort: das Kulturland war vergiftet, mitten in sein Herz getroffen — es war tot für lange, lange Zeit.

Erst mit Anfang des achtzehnten Jahrhunderts waren die Wunden vornarbt, aber nicht geheilt. Die Genesung eines so tief verwundeten, bis ins Mark erschütterten Organismus konnte nur langsam vorwärts schreiten. Das geraube Selbstvertrauen der Nation konnte nicht im Fluge zurückerobert werden, auch der verschundene Nationalreichtum ließ sich aus Trümmern, aus hungernden Volksmassen, aus verödeten Landstrichen nicht zu neuem Leben erwecken.

Frankreich und Italien blieben von diesen unheilvollen Wirrnissen zwar nicht unberührt, doch waren die geschlagenen Wunden nur äußerlich. Unter Ludwig XIII. und Ludwig XIV. erlebte Frankreich eine Ära der Eroberungen nach außen hin, des Glanzes und des materiellen Aufschwunges im Innern der in einem läppigen und übermäßigen Hofleben seinen Ausdruck fand. Dieses wurde immer toller und erreichte den Höhepunkt der Ausartung unter Ludwig XVI. Die Revolution 1793, der Ausbruch des gerechten Volkswillens, machte dieser königlichen Mißwirtschaft ein rasches Ende.

Nun wollen wir noch eines, unser Kulturleben bewegenden und erhaltenden Faktors, der Dampfkraft, Erwähnung tun. Die Kraft des Dampfes kannten schon die alten Griechen; auch die germani-

kein entsprechendes Recht der Vertretung. Ober, anders angehen: für die eine Hälfte des von den freiwilligen Mitgliedern gezahlten Beitrages gibt man den Arbeitgeber das Vertretungsrecht! Das ist das Unrecht auf den Gipfel getrieben. Was tut's, daß man damit dem selbstaufgestellten Grundgesetz der gleichen Vertretung von Beitragsleistung und Vertretungsrecht ins Gesicht schlägt. §. 67 der Begründung wird fñh von der Sache aufgestellt: „Gleichen Rechten müssen gleiche Pflichten entsprechen“. Einige Zeilen weiter wird dann die Forderung erwähnt, daß man den Unternehmern, unter Beibehaltung ihrer heutigen Beitragspflicht, die Hälfte des Vertretungsrechts einräumen solle. Sie wird zwar abgelehnt, aber ausdrücklich hervorgehoben, daß man ihr „nicht in gleichem Maße den Vorwurf offensichtlicher Unbilligkeit machen“ könne (wie der entgegengesetzten: unter Beibehaltung des gegenwärtigen Vertretungsverhältnisses von 1 und 2 Dritteln den Beitrag der Unternehmer auf die Hälfte zu erhöhen). So groß ist die Sympathie für eine Vermehrung der Unternehmerrechte, selbst über das Verhältnis ihrer Beitragsleistung hinaus. Und in der völligen Entrechtung der freiwilligen Mitglieder soll der gleiche Zweck auf einem Seitenfade erreicht werden. Wo Liebe denn auch, wenn der Anteil der Versicherten an der Vertretung, ihren Beiträgen entsprechend, größer wäre, die Stimmgleichheit, deren die Bürokratie so dringend bedarf, um unter der Decke der Selbstverwaltung schließlich ihren Einfluß ausschlaggebend zu machen?

Die freiwilligen Mitglieder, die so zugunsten der Unternehmer entrechtet werden sollen, machen im Durchschnitt 10—12 Proz., bei manchen Klassen ein volles Sechstel der Mitglieder aus! Und diese Zahl wird weiter zunehmen.

So ist nicht allein das ganze Prinzip, nach dem die Rechte verteilt sind, verwerflich. Selbst vor seiner Durchbrechung scheut die Regierung nicht zurück, um den Anteil der Versicherten an der Verwaltung der zur größeren Hälfte von ihnen eingezahlten, aber vollständig von ihnen erarbeiteten Beiträge zu schmälern. So reißt sich eine Verschlechterung an die andere — alles unter dem heuchlerischen Namen einer Reform. Diese Bestimmungen dürfen nicht Gesetz werden! Sollte darüber auch die ganze „Reform“ zum Teufel gehen. Schabe darum ist es nicht.

An die Arbeiter Deutschlands! Vor einigen Wochen erschien ein Artikel in allen Arbeiterblättern, in welchem die Aufmerksamkeit auf einen Kampf gelenkt wurde, welcher sich zwischen der Buchdrucker-Organisation der Ver. Staaten von Amerika und der Butterick Publishing Co. abspielt.

Dieser Kampf ist insofern eigenartig, als hierbei, soweit bekannt, das erste Mal versucht wurde, einen Boykott von internationalem Charakter zu initiieren.

Die Butterick Publishing Co. (in Amerika bekannt als Schnittmuster-Truht) versendet ihre Produkte nach allen Teilen der Welt. In Deutschland sind ihre Magazine unter folgenden Namen bekannt: „Möben-Revue“, „Butterick's Möbel-Magazin“ und „Butterick's Möbel der Hauptstädte“. Diese Zeitschriften werden in der Hauptstadt verbreitet, um die Kleider-Schnittmuster anzuzeigen. Ganz besonders werden diese Schnittmuster von Arbeiterfrauen und von Kleidermacherinnen, welche für die Arbeiterfrauen und deren Töchter arbeiten, gekauft.

Die Buchdrucker der Ver. Staaten von Amerika kämpfen seit drei Jahren für die Einführung des stündigen Arbeitstages im Buchdrucker-gewerbe, und die Butterick Publishing Co. zeigte sich bei dieser Gelegenheit als die größte Gegnerin der organisierten Arbeiterkraft. Solange sie im Auslande ungehindert ihre Profite einheimen konnte, war sie im Stande, alle Versuche, welche auf Anerkennung der Organisation hinielen, mit Hohn-lachen zurückzuweisen.

Im Juli vorigen Jahres leitete die Firma gerichtliche Klagen gegen die Local 6, New York, der Typographia Union, ein und werden alle Anstrengungen gemacht, um die Beamten dieser Organisation ins Gefängnis zu senden, und wenn man die Entscheidungen der vom Trust kontrollierten Richter in Amerika in Betracht zieht, so ist zu erwarten, daß die Arbeiter den Kürzeren ziehen werden.

Arbeiter, Freunde! Die Gelegenheit ist da, bei welcher sich die internationale Solidarität der Arbeiter betunden sollte. Wenn Ihr Euch für unseren Kampf, der gleichzeitig der Kampf der gesamten organisierten Arbeiter von Nord-Amerika ist, interessiert, wenn Ihr dazu beitragen wollt, einen Sieg der gerechten Sache herbeizuführen, dann saget Euren Frauen, daß es noch andere

Schnittmuster gibt, und zwar von Firmen hergestellt, welche mit den organisierten Arbeitern nicht auf dem Kriegsfuße stehen. Bei Bedarf sollten sie die Butterick-Schnittmuster ignorieren und sollten ihre Freundinnen und Nachbarinnen darauf aufmerksam machen, daß durch Kauf der Produkte der Butterick Publishing Co. (in Deutschland: Utten-Gesellschaft für Butterick's Verlag) sie gegen ihre eigene Klasse sündigen.

Internationales. Die amerikanischen Buchbinder führen seit 1½ Jahren den Kampf um den Achtstundentag und haben auch gute Erfolge zu verzeichnen. Der 1. Oktober 1907 war als Ausgangspunkt für die Erringung der achtstündigen Arbeitszeit von der Union der Buchbinder festgelegt worden. Wo diese Forderung nicht anerkannt wurde, begann der Streik. Wenige Wochen später brach der allgemeine Finanzkrach aus und erschwerte den Kampf nicht nur, sondern machte noch besondere Opfer und Anstrengungen erforderlich. Bis zur Gegenwart sind zwischen 800 000 und 900 000 Mt. an Streikunterstützung ausgezahlt worden, die durch Extrabeiträge gedeckt wurden. Kürzlich ist der Streik in allen Krischäften, wo der Achtstundentag in den meisten Buchbindereien eingeführt wurde, als beendet erklärt worden. Nur in wenigen Orten stehen die Buchbinder noch im Kampfe. Der Achtstundentag, früher die Ausnahme, ist jetzt die Regel geworden, wenn diese Regel auch noch manche Ausnahme erleidet.

Die Krise in Amerika. Der Niedergang des industriellen Lebens während der gegenwärtigen Krisenperiode hat in den Vereinigten Staaten noch schärfere Formen angenommen als bei uns. Die Gesamteinfuhr des Landes betrug im Jahre 1908 nur 1116 Millionen Dollars, gegenüber 1423 Millionen Dollar im Jahre vorher, d. h. 21 Proz. weniger. Die Ausfuhr sank von 1923 Millionen Dollar auf 1753 Millionen Dollar oder um 8,8 Prozent. Nur dank der gestiegenen Kupferausfuhr konnte ein weiteres Nachlassen der Ausfuhr verhindert werden. Die Produktion von Roh-eisen, der Gradmesser des industriellen Lebens, ging von 26 Millionen Tons in 1907 auf 16 Millionen Tons in 1908 zurück und erreichte damit einen Stand wie im Jahre 1901. Es sank ferner die Produktion von Stahl um 40 Proz., die von Schienen um 66 Proz., von Blechen um 50 Proz., die Kohlenförderung um 12 Proz., die Koksbereitung um 30 Proz. Starke Rückgänge hatten gleichfalls noch zu verzeichnen die Textil-, Zement- und Papierindustrie. — Man kann sich leicht ausmalen, welche Summe von Arbeitslosigkeit, d. h. Not, Entbehrung und schrecklichem Elend sich hinter diesen trockenen Ziffern verbirgt.

Versammlungskalender.

Augsburg. Versammlung am Samstag, den 22. Mai 1909 um 8 Uhr abends im Lokale Neuschwanstein. Tagesordnung: 1. Vortrag des Arbeitersekretärs Gen. Walter über Bildungsbestrebungen. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

München. Außerordentliche Generalversammlung am Samstag, 22. Mai, um 8½ Uhr abends im Peterskeller am Viktualienmarkt. Tagesordnung: Die Nichtbestätigung unserer Abrechnung vom 1. Quartal 1909.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Zahlstelle Leipzig.

Mittwoch, den 19. Mai 1909, abends ½6 Uhr

Öffentliche Versammlung

im großen Saale des „Pantheon“, Dresdenerstraße 20.

Tagesordnung:

1. Vortrag der Verbandsvorsitzenden Kollegin Paula Thiede-Berlin.
2. Statuten-Ergänzung für invalide Mitglieder.
3. Wahl einer 5gliedrigen Festkommission.
4. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Frankfurt a. M. Mitgliederversammlung am Dienstag, den 18. Mai 1909 um 7½ Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Coll. 5, Stolze-straße 15 II. Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Stellungnahme zu dem Antwortschreiben der Prinzipale auf unsere Eingabe. 3. Ersatzwahlen zum Vorstand. 4. Himmelfahrtsausflug. 5. Gewerbegerichtsvertreterwahlen. 6. Verschiedenes.

Seibronn am Neckar. Mitgliederversammlung am Montag, 31. Mai, um 8 Uhr abends bei Roth, Turmstraße. Tagesordnung: 1. Einzahlung und Aufnahmen. 2. Einführung der neuen Mitglieder. 3. Abrechnung vom 1. Quartal 1909. 4. Gewerkschaftsbericht. 5. Verschiedenes.

Mühlhausen i. Gf. Monatsversammlung am Montag, den 17. Mai 1909, um 7½ Uhr abends bei Birmele, Sinnestr. 11. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Vortrag des Kollegen F. Groß „Die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland“. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Nürnberg - Fürth. Mitgliederversammlung am 17. Mai 1909 um 8 Uhr abends im „Blauen Pfau“, Neugasse. Tagesordnung sehr wichtig.

Adressenveränderungen.

Barmen-Elberfeld.

Kassiererin: Amanda Uhrweiler, Elberfeld, Hochstr. 71 II.

Darmstadt.

Vorsitzender: Christoph Klingler, Farbstraße 5.

Anzeigen

Zufolge anderweitiger Stellung verabschiede ich mich auf diesem Wege von dem mir lieb gewordenen Verbandsmitgliedern, insbesondere von meiner Kollegenchaft der deutschen Verlagsanstalt Stuttgart.

Mit kollegialem Gruß
Karl Feuerstein, Stuttgart.

Unserer werben Kollegin
Clara Bedmann
und ihrem Bräutigam Herrn
Georg Antkes
zu ihrem Hochzeitsfeste die herzlichsten Glückwünsche!
Die Zahlstelle Darmstadt.

Beilage zur „Solidarität“

Nr. 20.

Berlin, den 15. Mai 1909.

15. Jahrgang.

Klassengericht und Volksgericht.

a. r. Eine innerliche, reaktionäre, den Volksinteressen gegensätzlich gegenüberstehende Regierung kann naturgemäß auf keinem Gebiet wirkliche Reformarbeit leisten. Bestenfalls Städ- und Midwerk im Entgegenkommen gegen einige, völlig unabweisbar gewordene Forderungen der gesamten öffentlichen Meinung, die dann noch durch eine Anzahl reaktionärer, als „Ausgleich“ für das Endschien erzwungenen Fortschrittes gemeinter Maßnahmen entwertet werden. So sieht heute bei uns jede „Reform“, erfolge sie auf sozialpolitischem oder rechtlichem Gebiete, aus. Und wo es sich um Fragen des Strafrechts und des Strafverfahrens handelt, bei denen die „Staatsautorität“ selbst sich aufs lebhafteste interessiert fühlt, gilt das in besonderem Maße. Ist doch das materielle Strafrecht eines der wesentlichsten Mittel zur Verteidigung der herrschenden wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse gegen unliebsame Kritik und tatsächliche Durchbrechung. Und im Strafverfahren ringt überall der staatliche Autoritätsgedanke mit den Erfordernissen der Gerechtigkeit. So fehlt noch viel zu einer Rechtspflege, die, frei von den Nebeninteressen der „Staatsverwaltung“, nur der Gerechtigkeit, so gut unser Zeitalter sie versteht, zu dienen sucht. Eine Menge der vielbeflagten, dem Empfinden des Volkes unverständlichen Urteile, nicht nur auf strafrechtlichem Gebiet, erklären sich aus diesem autoritativen, dem Leben entfremdeten und in enge Standesbegrenzen gebannten Wesen unserer Justiz. Nicht allein rekrutieren sich unsere Richter — und von den Staatsanwälten gilt das alles noch in höherem Maße — aus engen Kreisen, deren enge Sonderauffassung sie in ihre richtende Tätigkeit hineinbringen: sie sind auch Staatsbeamte, unterliegen der geistigen Weonung wie mannigfachen Verführungen, die das Beamtentum in unserem Staate mit sich bringt.

Gewiß ist von der rohen Korruption, wie man sie in Amerika und Rußland kennt, bei unseren Richtern nicht die Rede. Mit Geld dürfte man unseren Richtern nicht kommen. Und keiner würde sich zu dem blanken Grundbesitz verstehen, daß man den Angehörigen der eigenen Partei freispricht, den Gegner verurteilt. Das aber schließt doch nicht aus, daß — ganz abgesehen von den unbewußten Einwirkungen des Klasseninstinkts und Standesbunkels — auch Gefahren der Korruption unsere Rechtspflege umgeben, denen der Nichtgefestigte unterliegt. Am stärksten wirken freilich Klassen- und Beamtenscharakter der Richter.

Sie stammen zumeist aus den „höheren Ständen“. Besitzenden Kreisen müssen sie — mit Ausnahme weniger Stipendiaten, zumeist Sakaien der herrschenden Gewalten — alle angehören. Mit großem Raffinement weiß unsere Schulorganisation, trotzdem der weitaus größte Teil der Ausbildungskosten in höheren Schulen — das Vielfache der Kosten eines Volksschülers — von Staat und Gemeinde getragen wird, durch hohe Schulgelber und teure Lehrmittel die Unbemittelten von den Laufbahnen, für die diese Art Bildung Voraussetzung, oft eine durchaus überflüssige und willkürliche Voraussetzung ist, fernzuhalten. Wieviele Familien vermögen ihre Kinder bis zum Ende der Universitätsjahre zu erhalten und noch dazu alljährlich einige Hundert Mark für Studiengelder aufzubringen? Und von dem Referendar wird gar, trotz der Vorschrift der Verfassung, daß alle Ämter den dazu Befähigten zugänglich sind, ein garantierter Jahresunterhalt von 1800 Mk. gefordert. Der Oberlandesgerichtspräsident in Frankfurt a. M. macht die Zulassung zum Referendariat gar von jährlichen 3000 Mk. abhängig. Das schlägt nicht allein der Verfassung und dem Reichsgerichtsverfassungsgesetz, das solche Beschränkungen nicht kennt, ins Gesicht. Aber was tut's? Man bleibt so hübsch „unter sich“. Nicht allein, daß der Staat die ihm

in der Vorbereitungszeit geleistete Gerichtsschreiber- u. v. Arbeit unentgeltlich verlangt, schließt er mit dieser Praxis gerade die energischsten Naturen, die imstande wären, sich selbst durchzuhelfen und früh von ihrer Arbeit zu leben, aus. Söhne reicher Eltern aber stehen alle Tore offen. Die Geheimnisse der juristischen Wissenschaft scheinen nur dem gläubigen Volke unergründlich. Und nötigenfalls gibt es für Geld Nachhilfen aller Art.

Hält man so das „gewöhnliche Volk“ von der ganzen juristischen Laufbahn fern, so gelten für die Laufbahn des Staatsbeamten noch weitere Voraussetzungen. Nicht allein die Verwaltungskarriere hat ihre Praktiken, wie Schüding sie treffend gezeichnet hat: auch für das Richteramt gibt es eine Reihe Erschwerungen. Zunächst wieder einige Jahre unbesoldeter und doch „standesgemäß“ zu überstehender Assessoratstätigkeit. Im übrigen liegt es im Ermessen der Justizverwaltung, wen sie für geeignet zum Richteramt halten will. Daß Sozialdemokraten da keine Aussicht haben, versteht sich am Rande. Im liberalen Hessen züchtet man Charaktere, indem für Juden die Taufe als Schwelle zum Richteramt gefordert ist. Und in welchem deutschen Staate hätte der Mann Aussichten, der die in den weitesten Kreisen des deutschen Protestantismus gehegte Ueberzeugung durch seinen Austritt aus der Landeskirche bewährte? So ist der Eintritt in die Richteraufbahn verschlossen den Armen, den nicht Standesgemäßen, den Männern vom Mute einer Ueberzeugung, die den herrschenden Machtinteressen und der herrschenden Heuchelei zuwider ist. Wie aber steht es mit der Unabhängigkeit der einmal ernannten Richter?

Gewiß kann der Richter nicht ohne den Richterpruch, daß er sich der von seinem Amte erforderlichen Achtung unwürdig gemacht habe, abgesetzt, selbst nicht gegen seinen Willen versetzt werden. Aber es gibt doch manches Mittel, einen unliebsamen Richter mit Hilfe von über- und nebengeordneten, willfährigeren Kollegen beiseite zu schieben — man denke an manche Fälle aus der Berliner politischen Strafsjustiz! — Und das Beförderungrecht der Justizverwaltung vermag ihn sicher in der niedersten Stelle festzuhalten. Es ist kein Zufall, daß gerade die höchsten Instanzen, Kammergericht und Reichsgericht, so oft noch unvolkstümlicher und reaktionärer urteilen, als es im allgemeinen Brauch ist. Sie sind eben die sorgsam nach ihrer Brauchbarkeit, nicht allein für die echte Justiz, ausgeselehenen Vertrauensleute der Regierungen. Höhere Stellung aber bedeutet höheren Gehalt und oft höheren Rang. Dazu das Titel- und Ordenswesen: lauter Dinge, die in unserem Mandarinenstaat schwer wiegen und selbst materiell — man denke an die beliebte Gelbheirat und fette Aufsichtsratsposten! — ins Gewicht fallen, aber gänzlich im Belieben der Verwaltung stehen.

Wie aber möchte es umgekehrt einem Richter ergehen, der in der Weise, wie dies andere für den Reichsverband, den Flottenverein usw., tun, für sozialdemokratische oder polnische Bestrebungen eintreten würde! Wie rasch würde der für „der Achtung unwürdig“ erklärt und entfernt sein. Wichtig betrachtet, sollte überhaupt ein Richter, der auf das Vertrauen aller Parteien angewiesen ist, von scharfen politischen Kämpfen, der notwendig zur Boreinigenommenheit gegen Andersgesinnte führt, sich fernhalten. Heute aber gilt tüchtige „nationale“ Propaganda, selbst gehässigster Art, für durchaus dem Richteramt angemessen.

So versteht man die vielfach unerhörten Urteile gegen „staatsgefährliche“ Bestrebungen, die vielfach unerhörte Milde gegen die schmutzigsten persönlichen Verleumder und sonstige Lumpen aus dem gutgeputzten Heerbann. So die wechselnde Justiz gegen Priester vor, während und nach dem Kulturkampf und die ganze Demoralisierung, die das Ausnahmegesetz und was ihm folgte über einen guten

Teil unserer Justiz gebracht hat. Hat doch jedesmal, wenn etwa Majestät einer unliebsamen Bewegung die Zerschmetterung angedroht, dann aber der Reichstag die geforderte Strafgesetvorlage abgelehnt hatte, die Justiz die abgelehnten Verschärfungen aus dem bestehenden Recht heraus „konstruiert“. Daß das alles für die Staatsanwälte in noch viel schärferer Weise gilt, ist klar. Sie sind unter den Juristen die „Feudalisten“ und von ihren Vorgesetzten abhängig wie die Schutzleute — nur, daß kein Schutzmann verpflichtet wird, gegen seine Ueberzeugung zu plädieren.

Aber auch unsere „Volksrichter“, die Schöffen und Geschworenen, sind weit entfernt, diesen Ehrennamen zu verdienen. Wenn in letzter Zeit mehr von der Heranziehung von Arbeitern zu diesem Amte die Rede ist, so zeigt schon das, wie sehr die Auswahl dieser Richter auf Willkür beruht. Wird doch die Liste, aus der die Auslosung erfolgt, von einem aus dem Beramtsrichter, einem Verwaltungsbeamten und 7 Kommunalvertretern oder Gemeindevorstehern, also echten Klassenvertretern, bestehenden Ausschuss aufgestellt. Das gibt Klassen-, nicht Volksrichter. Man denke an das jüngst genannte pommerische Schwurgericht, das 10 Rittergutsbesitzer als Geschworene zählte und denn auch einen Standesgenossen, der bloß einen Arbeiter umgebracht hatte, ordnungsmäßig freisprach. Wenn trotzdem an der Laienjustiz, namentlich den Schwurgerichten, vom Volke festgehalten wird, so ist das kein Vertrauenszeugnis für diese, sondern nur ein Mißtrauensbrotum schärfster Art für unsere Juristengerichte.

Vertrauen gewonnen und verdient haben nur die wirklich vom Volke wenigstens in ihren Beifigern gewählten Gewerbergerichte. Deren Prinzip entspricht allein der oft genannten altdeutschen Gerichtsordnung, zugleich aber auch der Forderung unseres Programms: Rechtspflege durch vom Volke gewählte Richter. Freilich erfordert das auch Volkswahl der Vorsitzenden. So ist unser Ziel klar vorgezeichnet: Laienbeifiger für alle Zivil- und Strafsachen, in unmittelbarer und gleicher Wahl vom Volke gewählt. Dazu, etwa von den Beifigern gewählt, juristisch gebildete (allerdings in grünlich reformiertem Bildungsgang gekultet) oder in langjähriger Beifigertätigkeit bewährte Berufsrichter für den Vorsitz und die Geschäfte der Justizverwaltung, mit Einschluss der heute dem Staatsanwalt zustehenden Befugnisse. Solche Richter, nach Proportionalssystem gewählt und in voller Öffentlichkeit beratend, wären nicht das Organ einer phantastischen oder verlogenen, über den Wolken schwebenden ewigen Gerechtigkeit, wohl aber die beruhenden und vertrauenswerten Sprecher des Volksgewissens, denen manches Recht anvertraut werden dürfte, das den heutigen Justizbeamten aus Gründen der Vorsicht versagt werden muß. Daß die Bahn der wissenschaftlichen Ausbildung den Berufenen aller Stände, und nur den Berufenen, zu öffnen, daß alles Titel-, Rang- und Ordenswesen, als einer echten Gerechtigkeitspflege unwürdig, weit abzuweisen ist, bedarf keiner Begründung. Wenn der Name „Richter“ erst wieder neben dem Namen „Lehrer“ der höchste Ehrentitel geworden ist, dann wird er es für den Reichsgerichts-Präsidenten nicht in anderer Weise sein, als für den einfachen Amtsrichter.

Das wäre echtes Volksrichtertum, das manche Härte unserer Zustände mildern, manche Uebergangsmassregel zu höheren Zielen hin vorbereiten und sich als Erzieher des Volkes zur Gerechtigkeit bewähren würde.

Zugwischen aber müssen wir mit der Tatsache uns abfinden, daß auch hier, und gerade hier, wahrhafte, schöpferische und tiefgreifende Neugestaltung erst kommen wird mit dem Siege der Ideen, unter deren Banner die Arbeiterklasse ihren Befreiungskampf führt.

Korrespondenzen.

Augsburg. Versammlung am 24. April 1909. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls wurden 4 neue Mitglieder aufgenommen. Gemeindefeindlicher Simon referierte sodann über den Sparverein Schwäbische Volkszeitung und führte den Anwesenden den Zweck und Nutzen dieses Vereins klar vor Augen. Da unsere Presse die schneidigste Waffe gegen das ausbeutende Unternehmertum ist, so macht es sich dieser Verein zur Aufgabe, in absehbarer Zeit auch in Augsburg eine eigene Arbeiterdruckerei zu errichten; um aber das hierzu nötige Kapital zu erschwingen, ergeht der Aufruf an die breite Masse der organisierten Arbeiterchaft, sich dem Verein anzuschließen und dieses Unternehmen zu unterstützen. Die einzubehaltenden Spargelder werden mit 4 Proz. verzinst und nach 5 Jahren wieder zurück bezahlt. Für die trefflichen Ausführungen erntete der Referent allgemeinen Beifall und mehrere Kollegen und Kolleginnen meldeten sich zur Aufnahme; ein Antrag, daß auch unsere Zahlstelle Mitglied wird, wurde einstimmig angenommen. Kollege Lubisch gab sodann den Kassenbericht vom 1. Quartal und die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Bücher sowie der Kasse und dem Kassierer wurde auf Antrag einstimmig Decharge erteilt. Kollege Börg gab hierauf den Gewerkschaftsbericht; von besonderer Bedeutung trat aus demselben hervor die Arbeiter- und Arbeiterkammern, die Herbergsfrage und daß sich auch in Augsburg eine Kinderbeschulungskommission gegründet hat. Der Ausflug wurde auf den Simelefahrtsfest festgelegt und zwar gemeinsam mit dem Touristen- und Arbeiterjägerbund nach Wellenburg und Dauringen. Abmarsch früh 6 Uhr vom Königsplatz. Begunnehmend auf den München Besuch am 21. März, der so eindrucksvoll auf die ganze Kollegenchaft wirkte, wurde einstimmig beschlossen, im August oder September den München einen Gegenbesuch abzustatten. In einem Brief aus dem Fragekasten wurde Beschwerde erhoben gegen den Magazineur bei der Firma Fint, der schon wiederholt die Kolleginnen mit den gemeinsten Schimpfnamen tituliert hatte. Von einer Debatte hierüber wurde Abstand genommen und auf Freitag den 7. Mai eine Betriebsversammlung festgelegt, wo dann diese Angelegenheit näher zur Sprache kommt.

Dresden. Am 27. April fand im kleinen Volkshausaal eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende gedachte in warmen Worten des so plötzlich verstorbenen Kollegen Paul Pfund und forderte die Anwesenden auf, das Andenken des Verstorbenen in dem Sinne hochzuhalten, indem sie in den Fußstapfen desselben weiterwandeln. Um einem längst ausgeprochenen Wunsche unserer Mitglieder entgegenzukommen, war Redakteur Gröthlich zu einem Vortrag über die Lutherlegende gekommen. Der Redner verstand es in ausgezeichnete Weise, die Lutherlegende ins rechte Licht zu rücken und damit den Zuhörern zu beweisen, daß die Reformation nicht ein Pfaffengegniß war, als daß sie uns in der Volksschule hingestellt wurde. Die Versammlung nahm den Vortrag mit großem Beifall auf. Hierauf gab Kollege Franz Herrmann den Kassenbericht vom vergangenen Vierteljahr. Dem war zu entnehmen, daß die Zahlstelle wieder einen erfreulichen Fortschritt der Mitgliederzahl zu verzeichnen habe; 52 Mitglieder sind aufgenommen worden, so daß die Zahl derselben am Ende des 1. Quartals 769 betrug und zwar 465 weibliche und 304 männliche. Dagegen ist das finanzielle Verhältnis ein nicht so günstiges zu nennen, da die Folgen der Wirtschaftskrise sich sehr fühlbar machten, indem 35 männliche 1200 Tage und 33 weibliche Mitglieder 507 Tage arbeitslos waren, wofür die Summe von 1215,35 Mk. an Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden mußte. Ausgespart wurden allein 16 männliche Mitglieder. Weiterhin wurden 453,30 Mk. Kranken-, 70 Mk. Wöchnerinnen- und 22 Mk. Extranutrition gezahlt. Demgegenüber steht eine Einnahme an Markenverkauf von 2797,60 Mk. Am Schluß seines Berichts behauptete er, daß der Markenabsatz im Vergleich zur Mitgliederzahl zu wünschen übrig ließe, er fordert darum die Anwesenden auf, den Restanten moralisch zu Leibe zu gehen, da bei Unterstützungsfällen der § 7 des Statuts streng und ohne jede Ausnahme zur Anwendung gebracht werden würde. Hierauf wird dem Kassierer auf Antrag der Revisionskommission einstimmig Entlastung erteilt. Kollege Paul Herrmann berichtet noch ergänzend, daß 4 Mitglieder- und 15 Geschäftsberatungen sowie 5 Verwaltungs- und 2 Vertrauenspersonenitzungen stattgefunden haben. Er verweist weiter auf die am 11. Mai stattfindende Schleiferversammlung, gleichzeitig für eine

rege Abnahme der Sekretariatsberichte eintretend. In der Diskussion wünschten verschiedene Anwesende Auskunft über die Verteilung der seinerzeit für die Arbeitslosen vom Stadtrat ausgeworfenen Summe, wofür Kollege Meinte äußerte sich darüber, daß man sich nicht zu großer Hoffnung hingeben solle, denn die Auszahlung dieser Unterstützung sei derartig mit Klauseln und Bedingungen verknüpft, z. B. wäre die erste Hauptbedingung, die ein Gesuchsteller besitzen müsse, Würdigkeit, und wie dehnbare ein solcher Begriff sei wüßte ja ein jeder, jedoch solle sich niemand abhalten lassen um eine diesbezügliche Unterstützung nachzusuchen, damit der Stadtrat nicht mit der Ansrede kommen könne, die Arbeitslosigkeit sei keine so große gewesen als wie sie geschilbert worden sei. Mit der Aufforderung, den 1. Mai da, wo es möglich sei, zu feiern, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Hannover. Mitglieder-Versammlung am 27. April. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls von der vorherigen Mitgliederversammlung gab Kollege Spartzel bekannt, daß der Kollege Wilh. Thake verstorben ist. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren des Verstorbenen von den Kläfen. Hierauf ergriff der Referent Gewerkschaftssekretär Kurt Mey das Wort und behandelte in verständlicher Weise das Thema „Die Bewertung der Frauenarbeit in den verschiedenen Zeitaltern“. In seiner 1½stündigen Rede führte er aus, daß die Frauenarbeit hauptsächlich seit der Zeit des Mittelalters eingeführt worden ist, vor allen Dingen nachdem die Industrie zur Blüte kam. Die Unternehmer stellen aber nur deshalb Frauen und Mädchen ein, weil sie bedeutend billiger und in verschiedenen Branchen auch besser arbeiten als der Mann. Nur durch kräftige Organisation kann erreicht werden, daß die weibliche Arbeit ebenso bezahlt würde wie die männliche. Jede organisierte Arbeiterin und auch Arbeiter solle ihre Kinder und Verwandte mit dem Organisationsgedanken vertraut machen und sie dem Verbandsführer. Hierauf führt Kollege Kiel an, daß es leider noch viele politisch und gewerkschaftlich Organisierte gäbe, die ihre Kinder direkt dem Verbandsführer fern hielten, was er aus eigener Kenntnis feststellen könnte. Kollege Spartzel spricht dem Referenten seinen Dank für den vorzüglichen Vortrag aus und rügt dann einige Mängel in der Parteidruckerei. Ein Kollege Schrader vom Fabrikarbeiterverband war verunglückt und mußte doch eigentlich eine Anzeihilfe für ihn eingestellt werden, jedoch wurde dem Kollegen Blumhoff, welcher doch gemahnt wurde, auf Nachfrage der Bescheid „es dauert ja höchstens 14 Tage, dann ist Schrader wieder da“. Es sind nun aber schon 4 Wochen vergangen, ohne daß die Stelle besetzt wurde. Natürlich, wenn die Hilfsarbeiterverrichtungen vom Obermaschinenmeister besorgt werden, dann ist wohl eine Anzeihilfe überflüssig. Viele Sachen könnten im „Rostwille“ wohl nicht vorkommen, wenn das Hilfspersonal einheitlich organisiert wäre, jedoch sind es 3 oder 4 Verbände, welche dort Mitglieder haben. Jedenfalls wirkt es kein gutes Licht auf den Obermaschinenmeister, wenn er immer Arbeiten verrichtet, welche ihm nicht zutreffen und dadurch einen Hilfsarbeiter ersetzt. (Wer gibt es in Hannover keine mehr?) Aber hieraus ist zu ersehen, wie notwendig es ist, daß die dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen sich entschließen, die Gründe, die sie angeben, warum sie hier und dort organisiert sind, ablegen und alle dem Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiterverband beitreten, damit auch hier endlich geordnete Verhältnisse Platz greifen. Hierauf gab der Kassierer die Abrechnung vom 1. Quartal 1909. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 359,07 Mk., die Ausgaben 358,17 Mk. Der Kassenbestand beträgt 1463,12 Mk. Kollege Kunze als Revisor bestätigte die Richtigkeit derselben und wurde dem Kollegen Blumhoff Decharge erteilt. Kollege Spartzel gab bekannt, daß der Frau eines verunglückten Kollegen auf Geheiß vom Vorstand 10 Mk. Unterstützung bewilligt wären und bittet die Versammlung hierzu ihre Zustimmung zu geben. Ebenfalls hat der Hauptvorstand eine Extranutrition bewilligt. Die Versammlung gab ihre Zustimmung. G. W.

Karlsruhe. Versammlung am 4. Mai. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Kollege Streicher dem verstorbenen Kollege einen Nachruf, worauf die Versammlung dessen Andenken in üblicher Weise ehrte. Nach Genehmigung des Protokolls teilte Kollege Streicher mit, daß von jetzt ab der Rapportsattel nur alle 4 Wochen erscheint, weil die Verbandskasse die Kosten hierfür nicht mehr tragen will. (Das stimmt nicht ganz. Der Verbandsvorstand hat der Zahlstelle 2, um Druckkosten zu ersparen, einen Vierfachzahlungsapparat überweisen, auf

dem jederzeit Mitteilungen an die Mitglieder in beliebiger Anzahl hergestellt werden können. Red.) Der Verbandsvorstand hat dagegen beschlossen, die Kartellbeiträge auf die Hauptkasse zu übernehmen. Nach einer sehr lebhaften Debatte, in der Pieger einen kurzen Ueberblick über den finanziellen Stand der Zahlstelle gab, wurde das vierwöchentliche Erscheinen des Rapportsattels mit großer Mehrheit beschlossen. Eine Entschädigung für Ausschreibungen mit 50 Pf. pro Mitglied wurde gegen 2 Stimmen beschlossen. In einem Schreiben aus Mülhausen wurde vor einem gewissen Tschirhard gewarnt. In ausführlicher Weise gab sodann Kollege Silber den Kartellbericht und einen Bericht über die Generalversammlung der Ortskrankenkasse. Kollege Streicher machte Mitteilungen über den Ausflug nach Heidelberg und forderte die Mitglieder auf, sich zahlreich daran zu beteiligen. In der Diskussion wurde es freudig begrüßt, daß sich eine Anzahl Kollegen aus Mannheim-Ludwigshafen an dem Ausflug beteiligen. Der Vorsitzende bat zum Schluß die Anwesenden, für den Besuch des am 23. Mai stattfindenden Gartenfestes eine rege Agitation zu entfalten.

Literatur.

Die überlistete Polizei. Unter diesem Titel erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, ein lustiger Schwanz in Reimen von Ludwig Lessen. Mit gutem Humor schildert der Verfasser, wie die Polizei durch besonders schneidiges Vorgehen und „hervorragende Intelligenz“ eines Beamten die sozialdemokratischen Flugblätter durch ihre Organe verteilen läßt, in der Meinung, „patriotische“ Flugblätter zu verbreiten. Preis 5 Hologramme, 250 Mk. In beziehen durch alle Spektreure und Kolporteur.

Der Kampf des Münchener Tonkünstler-Orchesters und seine Bedeutung für die deutschen Musiker von Max Kragisch. Preis 60 Pf., 64 Seiten broschiert. München bei G. Wirt u. Co. m. b. H.

Wenn auch bereits früher einzelne Musikerverbände um ihre primitivsten Existenzbedingungen kämpfen mußten, so geschah dies doch niemals mit der Fähigkeit und Opferwilligkeit, wie sie im Falle des ehemaligen Münchener Kaim-Orchesters zu konstatieren sind. Wo immer die Musiker ähnliche Konflikte anzukämpfen haben, werden sie daher auf die Münchener Vorgänge Bezug nehmen müssen, weil hier, in diesem Umfange wohl zum ersten Male, der Kampf der Musiker ganz auf gewerkschaftlicher Basis durchgeführt worden ist. Diese durchaus sachliche Darstellung der für alle organisierten Arbeiter wichtigen Vorgänge ist daher von bleibendem Wert, da sie die Tatsachen objektiv feststellt.

Wir können die gut ausgestattete Schrift nicht nur allen Musikern, sondern auch allen Gewerkschaftlern, die sich ein klares Bild über den Gegenstand verschaffen wollen, bestens empfehlen.

Der Pope Gapon und seine Rolle in der russischen Revolution. Erinnerungen und Einbrüche von Leo Deutsch.

Der Verfasser ist der durch seine erfolgreiche Flucht aus dem Eisgefängnis Sibiriens bekannte russische Revolutionär, der hier seine Erinnerungen an den Priester erzählt. Mit der russischen Revolution, jener gewaltigen Epoche der Neuzeit, wird der Name Gapon als eine ihrer tragischsten Erscheinungen für immer verbunden sein. Gapon war es, der am 22. Januar hunderttausende seiner Landsleute vor das Schloß des Zaren führte, dessen Name eine Zeitlang das Interesse der ganzen Menschheit erregte und der nach kurzer Zeit als Vertreter an der Sache des Volkes durch das Urteil eines Revolutionstribunals hingerichtet wurde.

Preis 50 Pf. Volksausgabe 25 Pf. In beziehen durch Buchhandlungen und Kolporteur, sowie direkt vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

„Arbeiter-Jugend“. Aus dem Inhalt der schon erschienenen Nr. 8 heben wir folgendes hervor:

Die Verfassung des deutschen Reiches. II. Von Ludwig Frank. — Die Frage der Jugendbildung auf sozialdemokratischen Parteitagungen. Von Wilhelm Schröder. — Die beiden Angler. Von Aug. Wjodki. — Blüten und Insekten. Von Hanna Dorisch-Levin. — Das Werden im Weltall. Von Felix Linke. — Aus der Praxis der Jugendbewegung. — Vom Kriegerausflug. — Der Bräutigam der Lehrlingshinder. Veilage: Der blinde Passagier. Von Max Gyth. — Die Marcellaile der russischen Revolution. Von Tiefenbach. — Quelle des Reichthums. Gedicht von S. Thurov. usw.